



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Der neue Internetauftritt des AfD-Kreisverband Bautzen ist da.....	3
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	3
Der Ampel geht es nicht ums Klima, sondern um den Transfer unseres Geldes!	3
Pressemitteilungen unserer Abgeordneten im Sächsischen Landtag.....	4
Wir haben einen Anlass zum Feiern: Der AfD-Landesverband Sachsen wurde 10 Jahre alt! ...	4
AfD-Anfrage: Armutsgefährdung steigt – 18.424 Rentner gehen arbeiten	4
AfD-Fraktion im Kreistag zu Bautzen	5
Antrag: Einrichtung einer Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden	5
Termine im Kreisverband Bautzen	6
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 9	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 30.4.2023	9
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.5.2023	11
Vetternwirtschaft in der Regierung: 915.000 Euro für „Genderkompetenzzentrum“!	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.5.2023	11
Staatskanzlei braucht einen Rückführungsbeauftragten!	11
Vandalismus: Regierung lässt Kirchen im Stich.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.5.2023	13
Sächsischem Staatssekretär fehlen die „laufbahn- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen“	13
AfD-Antrag: Staatsregierung muss Regierungsferne des MDR sicherstellen.....	13
Tag der Pressefreiheit: SPD-Medienbeteiligungen fördern einseitige Berichterstattung	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.5.2023	15



4.341 vermeidbare Straftaten durch Ausreisepflichtige.....	15
Nochmalige Verschärfung des Heizungsverbots?	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.5.2023	16
AfD-Anfrage: MDR-Moderatorin Wiebke Binder erhielt von der Regierung 3.000 Euro in nur einem Monat	16
Neues von der Alternative für Deutschland	17
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien.....	17
Migrationskrise: Nur die AfD hört die Hilferufe aus den Kommunen	17
Schon über 400 „Einzelfälle“: Unser Land muss wieder sicher werden!.....	18
Breiter Energiemix statt Strompreisdeckel!	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien.....	19
Nationale Kraftanstrengung für Abschiebungen nötig!.....	19
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	20
Schule in Berlin-Neukölln steht nach Messerangriff auf Mädchen unter Schock.....	20
Wenn der Messer-Wahnsinn die Schule erreicht.....	20
Deutschland geht den Bach runter, weil die Mehrheit der Deutschen es so will.....	20
Manipuliertes skandal-Video zu Polizeigewalt: MDR gesteht „bedauerliches Missgeschick“ ..	20
Inhaber von Milliarden-Fonds unterstützt Straftäter von „Letzte Generation“	20
Julia Neigel: Öffentlicher Gerichtstermin am 27. Juli in Bautzen	20
Auch das noch	20
PERÜCKEN AB, HELM AUF: IM KRIEG SIND TRANSFRAUEN PLÖTZLICH WIEDER MÄNNER	20
Neueröffnung mit Discokugel: Münchner Wirtshaus setzt mittags auch Vegetarisches auf die Karte – und Veganes.....	20
Video-Empfehlungen	21
Informationskanäle der AfD.....	21
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	21
Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen	21
Kommunalmandate im KV Bautzen	22
PRESSE-ARCHIV.....	22
SPENDENKONTO.....	22



KONTAKT:.....22

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Der neue Internetauftritt des AfD-Kreisverband Bautzen ist da

Liebe Mitglieder und Freunde der AfD Bautzen,

der AfD-Kreisverband Bautzen hat einen neuen Internetauftritt.

Ab sofort ist der Kreisverband Bautzen unter www.afdbautzen.de online neu präsent.

Neben der inhaltlichen Qualität haben wir vor allem an der optischen Darstellung gearbeitet, um den heutigen Erwartungen gerecht zu werden.

Sollte dem ein oder anderen noch ein kleiner Fehler auffallen, dann bitte eine Mail an redaktion@afdbautzen.de schicken.

Ähnlich wie bei der Blauen Post freuen wir uns, wenn wir Artikel/ Bilder von Eurer Parteiarbeit bekommen, um diese auf unserer Seite zu veröffentlichen.

Für Fragen oder Kritik stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Euer Kreisvorsitzender
Frank Peschel

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Der Ampel geht es nicht ums Klima, sondern um den Transfer unseres Geldes!

Angenommen, der Klimawandel findet statt. Und angenommen, der Mensch hätte einen Einfluss darauf. Und angenommen, es liege am Kohlendioxid – dann zerstört sich Deutschland gerade für eine Senkung der Erderwärmung um 0,00056 Grad selbst. Diese Rechnung macht der



klimapolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, im Plenum auf. Denn die Ampelregierung will den CO₂-Ausstoß mittelfristig auf Null senken.

Würde es die von den Grünen knallhart dominierte Ampelregierung ernst meinen, dann würde man sofort die deutschen Kernkraftwerke wieder ans Netz bringen – denn die liefern Energie, ohne Kohlendioxid zu verursachen. Die AfD hat das sogar schon vorbereitet – mit einem Antrag an den

Bundestag, dem man nur zustimmen müsse. Aber darum gehe es der Scholztruppe überhaupt nicht. Hilse: „Sie haben lediglich den Auftrag, die Interessen der Wind- und Solarbranche sowie



ihrer Amerikanischen Auftraggeber zu vertreten.“ Es gehe darum, das Geld der Bürger über verschiedene Kanäle in die USA zu lenken, und das grenze an Verrat.

Bestes Beispiel: Die Übernahme des Wärmepumpen-Marktführers Viessmann an eine US-Firma. Die Abgeordneten im Bundestag ruft Hilse einmal mehr eindringlich auf: „Informieren Sie sich und bilden Sie sich mit ihrem gesunden Menschenverstand ein eigenes Bild!“

<https://afdkompakt.de/2023/05/04/der-ampel-geht-es-nicht-ums-klima-sondern-um-den-transfer-unseres-geldes/>

Pressemitteilungen unserer Abgeordneten im Sächsischen Landtag

Wir haben einen Anlass zum Feiern: Der AfD-Landesverband Sachsen wurde 10 Jahre alt!

Am 28. April 2013 fand der Gründungsparteitag der AfD Sachsen statt. Damit hatte die Alternative für Deutschland, die am 6. Februar desselben Jahres gegründet wurde, auch hier in unserer schönen sächsischen Heimat eine eigene Vertretung.



Seitdem ist die Zahl unserer Mitglieder auch hier stetig gestiegen. Mittlerweile sind wir die größte Oppositionspartei im Sächsischen Landtag und sorgen bei den Altparteien regelmäßig für Unruhe. Wir hoffen, dass das auch noch lange so bleibt!

Die Umstände, mit denen wir konfrontiert sind, könnten kaum dringlicher sein: Die Asyl-Einwanderung bringt viele sächsische Kommunen an den Rand der Verzweiflung, die Russland-Sanktionen belasten vor allem den Mittelstand im Freistaat und Inflation sowie Energiekrise bereiten zahlreichen Bürgern Geldsorgen in existenziellem Ausmaß. Viele Sachsen erkennen ihr altes, geliebtes Zuhause nicht mehr wieder!

Zur Landtagswahl 2024 haben wir die Gelegenheit, mit einer Stimme für die AfD eine andere, bessere Entwicklung zu fördern. Wir bleiben unserem Motto "Mut zur Wahrheit!" treu und werden die Probleme in unserem Land offen, ehrlich und konsequent angehen!

Doreen Schwietzer, MdL

5.5.2023

AfD-Anfrage: Armutsgefährdung steigt – 18.424 Rentner gehen arbeiten

Laut AfD-Anfrage (7/12987) stieg die Armutsgefährdungsquote sächsischer Rentner seit 2005 von 14,1 auf 25 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der arbeitenden Senioren von 2.196 auf 18.424 Personen.

[Timo Schreyer](#), AfD-Abgeordneter, erklärt dazu:



„Allein in den letzten sechs Jahren hat sich die Zahl der armutsgefährdeten Rentner in Sachsen verdoppelt. Besonders Männer sind vom sozialen Abstieg betroffen. Durch Geldentwertung und steigende Energie-Preise wird aktuell die Verarmung weiter stark zunehmen. Das macht mir große Sorgen.

Zusätzlich belastet die Rentner, dass Deutschland als stärkste Wirtschaftskraft Europas sehr niedrige Renten auszahlt. Unter weltweit allen Industrieländern rangiert Deutschland beim Rentenniveau im untersten Drittel. Die Regierung muss sich mehr um die eigenen Bürger kümmern, statt Milliarden von Steuergeldern an die ganze Welt zu verschenken.“



Timo Schreyer, MdL
3.5.2023

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-armutsgefaehrdung-steigt-18-424-rentner-gehen-arbeiten/>

AfD-Fraktion im Kreistag zu Bautzen

Antrag: Einrichtung einer Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden

Beschlußvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt:

1. Eine Beratungsstelle einzurichten, an die sich Bürger bei Verdacht von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden wenden können.
2. Den notwendigen Personalbedarf für diese Beratungsstelle innerhalb der bestehenden Struktur im Gesundheitsamt sicherzustellen.
3. Das Beratungsangebot fortwährend zu evaluieren und im Sozial- und Generationsausschuß vierteljährlich zu berichten.

Begründung:

Gesundheit ist das höchste Gut. Um bei dem Verdacht von schwerwiegenden Impfnebenwirkungen (Impfkomplikationen) und Impfschäden schnell und angemessen zu reagieren und für die Bürger eine zentrale Anlaufstelle bieten zu können, soll eine entsprechende Beratungsstelle durch das Landratsamt Bautzen beim Gesundheitsamt eingerichtet werden.

Die Beratungsstelle soll die Bürger über Impfungen, deren Wirkungen und potenzielle Nebenwirkungen informieren. Außerdem soll sie bei der Abklärung gesundheitlicher Einschränkungen durch Impfungen bei Anträgen an Versorgungs- und Sozialämter beraten.



Leider werden Impfkomplicationen, die über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehen, nicht immer als solche erkannt und an das Gesundheitsamt gemeldet. Für eine Stärkung des Gesundheitsschutzes bietet die Beratungsstelle somit einen zentralen Anlaufpunkt für die Bürger des Landkreises Bautzen.

Henry Nitzsche, Fraktionsvorsitzender
27.4.2023

Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	08.05.23	10.00-16.00 Uhr	Wachau und Neukirch	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Di	09.05.23	19.00 Uhr	Hotel Alter Weber Oberlausitzer Str. 13 02733 Cunewalde	VORTRAGSABEND mit Frank Peschel "Gender, Trans & Co. - Schöne neue Welt?" Referentin: Heike Ulbrich
Mi	10.05.23	10.00-13.00 Uhr	Bernsdorf, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Sa	13.05.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Mo	15.05.23	16.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE AfD-Kreisverband Bautzen mit Frank Peschel, Kreisvorsitzender
Di	16.05.23	10.00-12.00 Uhr	Königsbrück, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Mi	17.05.23	10.00-12.00 Uhr	Wittichenau, Markt	INFOSTAND Timo Schreyer, MdL
Mi	24.05.23	15.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Schwietzer Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Di	06.06.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	07.06.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	07.06.23	19.00 Uhr	Waikiki Sport An den Sportanlagen 1 02699 Königswartha	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse, MdB "Wie die Altparteien unser Land zerstören ..."
Do	08.06.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

<https://www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos>

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/



Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Neue Bautzner Filmkunst

<https://www.youtube.com/@peterschulze2235>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 30.4.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

jedes Volk hat das Recht, „seine kulturelle Identität zu erhalten und zu schützen“. So haben es die Vereinten Nationen 1982 festgehalten.

Um genau das zu erreichen, verschärft Dänemark gerade seine ohnehin strengen Einbürgerungsregeln. Schon jetzt kann nur Däne werden, wer seit mindestens neun Jahren ohne Unterbrechung im Land lebt. Zudem muss er einen schwierigen Sprach- und Staatsbürgerschaftstest bestehen. Die Hälfte der Migranten in Dänemark fällt bei diesem Test jedoch durch.

Die Pläne der Ampel-Koalition in Deutschland weisen derweil in die entgegengesetzte Richtung: Nach drei Jahren dürften Migranten bald eingebürgert werden. Zudem sollen sie ihren alten Pass in Zukunft behalten können. Das heißt: Ein Türke, der sich türkisch fühlt und auch offiziell ein Türke bleiben möchte, kann trotzdem Deutscher auf dem Papier werden.

Ebenfalls kritikwürdig ist, dass ältere Migranten keinen Einbürgerungstest und keine schriftliche Deutsch-Prüfung mehr absolvieren sollen. Es reiche aus, wenn sie sich mündlich auf Deutsch verständigen können.

Bereits heute – vor Inkrafttreten dieser gefährlichen Lockerungen – gibt es einen großen Ansturm auf den deutschen Pass. Am Freitag titelten mehrere sächsische Zeitungen: „Einbürgerung vor dem Kollaps“. Die Behörden kommen derzeit mit dem Abarbeiten der Anträge nicht mehr hinterher, weil es so viele sind.

Damit der deutsche Pass nicht zur Ramschware wird, ist es daher aus meiner Sicht notwendig, sich am dänischen Vorbild zu orientieren. Die AfD hat das schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht.

In unserer gemeinsamen „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18. Januar 2021 heißt es: „Nur wer unsere Sprache spricht, unsere Werte teilt und unsere Lebensweise bejaht, soll Deutscher nach dem Gesetz werden können.“





Darüber hinaus, so unsere Erklärung, dürfe die „Integrationskraft der deutschen Gesellschaft“ niemals überstrapaziert werden. Nur so könne das „Staatsvolk auf lange Sicht auch Träger der deutschen Kultur und Identität“ bleiben.

Ich habe Ihnen das so ausführlich erklärt, da der sogenannte „Verfassungsschutz“, der längst zum Regierungsschutz mutiert ist, lediglich ein zentrales Argument zu bieten hat, um uns und unserer Jugendorganisation angebliche Verfassungsfeindlichkeit anzudichten.

Der „Verfassungsschutz“ behauptet, unsere Vorstellung vom deutschen Volk widerspreche „dem im Grundgesetz zum Ausdruck kommenden Volksverständnis“. „Migranten außereuropäischer Herkunft“ würden z.B. von der Jungen Alternative „als grundsätzlich nicht integrierbar“ ausgegrenzt.

Diese Unterstellung ist natürlich böswillig, aber mir kommt es auf etwas Anderes an: Die Gleichsetzung von Volk und Staatsangehörigkeit ist falsch. Das verdeutlicht bereits die Präambel des Grundgesetzes.

Dort heißt es, das „deutsche Volk“ hat sich „dieses Grundgesetz“ gegeben. Daraus folgt logischerweise, dass es das deutsche Volk lange vor unserem Grundgesetz und vor dem aktuellen Staatsbürgerschaftsrecht gab. Einfacher formuliert: Völker bleiben bestehen, während Staaten im Verlauf der wechsellvollen Geschichte vergehen.

Hinzu kommt: Nach der Definition des Verfassungsschutzes wären all jene Deutschen, die in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ausgebürgert wurden, keine Angehörigen des deutschen Volkes mehr. Ebenso würden alle Staatenlosen, die es noch heute gibt, zu überhaupt keinem Volk gehören. Diese Ansicht ist geschichtsvergessen und realitätsfern.

Der begnadete Aphoristiker Michael Klonovsky hat daher den wunden Punkt exzellent getroffen, indem er formuliert: „Der Verfassungsschutz teilt mit, dass es nur Staatsvölker gibt, also kein kurdisches Volk, keine Sorben, keine Deutschstämmigen im Ausland, bis 1948 kein jüdisches Volk, von 1795 bis 1918 kein polnisches Volk.“

Patrioten zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre eigene Heimat lieben und die Kulturen anderer Völker nicht nur respektieren, sondern diese Vielfalt auch erhalten wollen. Nichts wäre daher schlimmer als ein kommender Weltstaat, der diese Vielfalt der Völker und Kulturen zerstört.

Die tonangebenden Globalisten in Politik, Medien und Konzernen wollen allerdings genau da hin und arbeiten an der Abschaffung des Nationalstaates.

Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das bedeutet: Es kann nicht jeder Deutscher werden. Wir haben vielmehr ein Recht darauf, strenge Kriterien für Einbürgerungen festzulegen. Deutscher sollte somit nur jener werden können, der sich unsere kulturelle Identität über viele Jahre selbst angeeignet hat und der seinen Lebensunterhalt selbst verdient.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/deutscher-pass-als-ramschware/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.5.2023

Vetternwirtschaft in der Regierung: 915.000 Euro für „Genderkompetenzzentrum“!

Das sächsische „Genderkompetenzzentrum“ hat seit 2021 insgesamt 915.579 Euro von unseren



Steuergeldern abgegriffen. Damit wurden z.B. fragwürdige Maßnahmen für die „postmigrantische Gesellschaft“ gefördert oder „Frauen* of Color“ durften ihre Migrationsgeschichte erzählen. Diese Fakten deckte eine aktuelle Anfrage der AfD-Abgeordneten Martina Jost auf (7/12948).1

Gegründet wurde das „Genderzentrum“ von der grünen Justizministerin Katja Meier. Wie in anderen Bereichen hat Meier die gut bezahlten Posten offenbar vor allem mit linken Gesinnungsgenossen besetzt. So gehört die Geschäftsführerin Karin Luttmann der SPD an. Dank dieser Vetternwirtschaft wird das Justizministerium um insgesamt 324 neue Stellen aufgebläht.

„In der Regierung scheint sich eine unerträgliche Selbstbedienungsmentalität breit gemacht zu haben“, findet Martina Jost. „Die Bürger müssen den Gürtel immer enger schnallen und die grüne Ministerin verschleudert das Geld der Steuerzahler für sinnfreie Genderprojekte. Wir werden weiter aufdecken, in welche Kanäle die Staatsfinanzen fließen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vetternwirtschaft-in-der-regierung-915-000-euro-fuer-genderkompetenzzentrum/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.5.2023

Staatskanzlei braucht einen Rückführungsbeauftragten!

„Rückführung zur Chefsache machen“, lautet der Titel eines neuen Antrags (Drs. 7/13270) der sächsischen AfD-Fraktion. Kerninhalt: Aus dem Ausländerbeauftragten soll ein Rückführungsbeauftragter werden, dessen Stelle in der Staatskanzlei angesiedelt werden soll.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel:

„Die Ampel-Koalition verspricht seit einiger Zeit eine Rückführungsoffensive und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer eine ‚Zeitenwende‘ in der Migrationspolitik. Dennoch steigt die Zahl der Ausreisepflichtigen in Sachsen immer weiter und weiter.“

Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth (CDU) hat zudem die Möglichkeit, über die Härtefallkommission bereits auf den Weg gebrachte Abschiebungen zu verhindern. Daraus ergibt sich eine Abschiebeverhinderungskultur.





Wenn Ministerpräsident Michael Kretschmer eine Zeitenwende einleiten will, dann muss er hier Änderungen vornehmen. Wir schlagen deshalb vor: Benennen Sie einen Rückführungsbeauftragten! Machen Sie die Abschiebung endlich zur Chefsache!

Hintergrund: Aktuell leben 15.681 ausreisepflichtige Ausländer in Sachsen.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/staatskanzlei-braucht-einen-rueckfuehrungsbeauftragten/>

Vandalismus: Regierung lässt Kirchen im Stich

Die zurückliegende Sitzungswoche des Landtages lieferte einmal mehr handfeste Belege dafür, wo Regierungsparteien und Staatsregierung Prioritäten setzen und wo nicht. Unsere Fraktion hatte die zunehmenden An- und Übergriffe auf christliche Kirchen und ihr Inventar im Freistaat zum



Vandalismus: Regierung lässt Kirchen im Stich



Anlass für einen Antrag im Sächsischen Landtag genommen: „Kirchen und christliche Denkmale besser vor Übergriffen schützen“ ([Drs 7/12371](#)).

An sich eine Selbstverständlichkeit, gerade für die führende, vorgeblich christliche Union, sollte man meinen. Ein Irrtum. Ein Irrtum freilich mit wenig Überraschungspotenzial. Schon Antworten des zuständigen Innenministers Armin Schuster (CDU) auf frühere Kleine Anfragen von Jörg Kühne, dem kirchenpolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, zum Thema gaben die Richtung vor: Die Kirchen seien selbst gehalten, durch geeignete Schutzmaßnahmen das Risiko eines Einbruchs zu reduzieren.

Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte es unzählige brutale Angriffe auf kirchliche Einrichtungen gegeben. Dabei wurden Fassaden beschmiert, Scheiben eingeworfen, Opferstöcke aufgebrochen, Innenräume verwüstet, Feuer gelegt, Statuen zertrümmert und in einem Fall sogar menschlicher Kot vor dem Altar hinterlassen. In seiner Rede fragte Kühne deshalb, „was wohl geschehen wäre, hätte der Leipziger Fäkalien-Angriff einen buddhistischen Tempel getroffen? Oder eine Synagoge?“

Wenn in Bautzen ein leerstehendes Hotel Feuer fängt, steht am Folgetag Armin Schuster [vor Ort](#) auf der Matte, Michael Kretschmer verspricht „höchste Ermittlungspriorität“. Kirchenvertreter bekommen da bestenfalls einen Termin beim örtlichen Polizeipräsidenten. In der Stellungnahme zu unserem Antrag folgt die Regierung spurtreu dieser Linie: Handeln sei nicht nötig, weil sie bereits zu Genüge tätig werde, insbesondere durch breitgefächerte Beratungsangebote.

Das ist natürlich ein böser Schmarren. In seiner Rede hatte Kühne über das ganze Jahr betrachtet rund 150 Fälle hochgerechnet. 150 Fälle, in denen randaliert, zerstört, geschmiert und gestohlen wurde!

Unser Antrag wurde dennoch abgelehnt. Übersetzt heißt das, die Regierungsfaktionen bringen demnächst einen eigenen Antrag, der unsere Forderung kopiert. Oder aber – was noch wahrscheinlicher ist angesichts der rot-grün-hellgrünen Zusammensetzung auf deren Bänken – es passiert gar nichts und die Vandalen dürfen sich an unseren teils jahrhundertealten Kulturgütern weiter weitgehend ungehindert vergreifen. Das werden wir allerdings nicht durchgehen lassen!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vandalismus-regierung-laesst-kirchen-im-stich/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.5.2023

Sächsischem Staatssekretär fehlen die „laufbahn- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen“

In Sachsen gibt es gleich elf Staatssekretäre. Sie sind die höchsten Beamten des Freistaates. Wie nun eine Kleine Anfrage des AfD-Fraktionsvorsitzenden [Jörg Urban](#) zeigt, fehlt jedoch zumindest einem der Staatssekretäre ganz offiziell die fachliche Eignung. Die Staatskanzlei prüft „in jedem Einzelfall“ das „Vorliegen der allgemein geltenden laufbahn- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen“. „Bei einer Person“ lagen diese Voraussetzungen nicht vor, heißt es in der Drucksache [7/12999](#).

Dazu erklärt Jörg Urban:

„Aus unserer Sicht fehlt mehreren Staatssekretären die fachliche Eignung. Staatssekretär Conrad Clemens war vor seiner Berufung Wahlkampfmanager der CDU. Verwaltungserfahrung? Fehlanzeige!

Ähnlich verhält es sich bei Staatssekretärin Dagmar Neukirch. Sie war vorher Landtagsabgeordnete der SPD. Bei dem Historiker Sebastian Vogel, ebenfalls Staatssekretär im SPD-Sozialministerium, zweifle ich auch an der fachlichen Eignung. Ich vermute, dass er aufgrund seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes berufen wurde.

Wenn sogar die Staatskanzlei die Eignung zumindest eines Staatssekretärs verneint, so hätte diese Person nicht berufen werden dürfen. Das zeigt: In der Regierung Kretschmer gibt es eine weitreichende Vetternwirtschaft. Neutrale Beamte haben leider das Nachsehen gegenüber Parteikarrieristen.“

Hintergrund: Staatssekretäre verdienen in Sachsen über 100.000 Euro pro Jahr. Im einstweiligen Ruhestand sind es rund 70.000 Euro.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/saechsischem-staatssekretaer-fehlen-die-laufbahn-und-beamtenrechtlichen-voraussetzungen/>



AfD-Antrag: Staatsregierung muss Regierungserneuerung des MDR sicherstellen

Durch Anfragen hat die AfD zahlreiche Verstrickungen zwischen dem MDR und der Staatsregierung aufgedeckt. Mehrere MDR-Journalisten bekamen von der Regierung lukrative Privataufträge. Daher beantragt die sächsische AfD-Fraktion nun, dass die Regierung ihre Pflicht zur Rechtsaufsicht über den MDR wahrnehmen und solche Aufträge unterbinden muss (7/13251). Die Staats- und Regierungserneuerung des MDR muss gewahrt bleiben.



Torsten Gahler, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Ein unabhängiger und objektiver Journalismus ist besonders wichtig für unsere Demokratie. Als sogenannte ‚Vierte Gewalt‘ sollen die Medien die Arbeit der Regierung kritisch unter die Lupe nehmen und über Fehlentwicklungen berichten.

Es ist deshalb fatal, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, die Regierung würde sich Hofberichterstattung erkaufen. Die Neigung des MDR zum Regierungsjournalismus hängt sicherlich auch mit den Doppelbeschäftigungen von Journalisten zusammen. Deshalb muss die Regierung innerhalb ihrer Rechtsaufsicht diese Doppelbeschäftigungen beim MDR auflösen.

Die Bürger müssen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit immer weiter steigenden Zwangsbeiträgen finanzieren. Auch deshalb kann der Beitragszahler erwarten, keine politische Agitation im Sinne der Regierung zu erhalten. Die AfD ist grundsätzlich gegen Zwangsbeiträge. Aufgrund eines riesigen freien Medienmarktes ist es nicht mehr zeitgemäß, diktatorisch Zwangsbeiträge einzuziehen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-staatsregierung-muss-regierungsferne-des-mdr-sicherstellen/>

Tag der Pressefreiheit: SPD-Medienbeteiligungen fördern einseitige Berichterstattung

Zum Tag der Pressefreiheit erklärt der medienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Torsten Gahler:



„Aus unserer Sicht leidet die Pressefreiheit in Deutschland vor allem an einseitiger und oftmals beherrschender Berichterstattung. Diese Verengung des Meinungskorridors ist nicht verwunderlich, wenn man die Beteiligung der SPD an den großen Medienunternehmen kennt: z.B. der DDV- und der Madsack-Mediengruppe. Über diese Beteiligungen übt die SPD allein in Sachsen einen großen Einfluss auf die Sächsische Zeitung, die Leipziger Volkszeitung und die Morgenpost aus.

Besonders gravierend ist die Meinungsmacht der SPD im Falle der Nachrichtenagentur dpa. Die SPD ist mittelbar zu 65 Prozent an den die dpa tragenden Zeitungen beteiligt. Da die Nachrichtenagentur eine Vorauswahl der Themen trifft,

besteht hier eine besondere Macht darüber, über welche Themen Deutschland diskutiert und über welche nicht.

Es wäre bereits ein großer Fortschritt, wenn die Bürger wüssten, welche Partei an einer bestimmten Zeitung beteiligt ist. Deshalb sollten diese Angaben verpflichtend im Impressum stehen. Wenn dieser Forderung nicht nachgekommen wird, sollten Parteibeteiligungen an Medienunternehmen generell verboten werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/tag-der-pressefreiheit-spd-medienbeteiligungen-foerdern-einseitige-berichterstattung/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.5.2023

4.341 vermeidbare Straftaten durch Ausreisepflichtige

Erschreckend! Eine AfD-Anfrage von [Sebastian Wippel](#) deckte das Ausmaß der Migrantengewalt in Sachsen auf (7/13017):

Im letzten Jahr gab es 4.341 Straftaten – wohlgermerkt allein durch ausreisepflichtige Asylbewerber!

Darunter waren u.a. 127 Sexualdelikte und 1.101 Rohheitsdelikte wie schwere Körperverletzung.

Weiterhin wissen wir:

Es leben allein 1.127 Asyl-Intensivtäter im Freistaat.

Davon sitzen nur 249 im Gefängnis.

Nur 41 Intensivtäter wurden letztes Jahr abgeschoben.

Deshalb:

→ Ausreisepflichtige immer sofort abschieben!

→ Kein [Bargeld](#) mehr für Ausreisepflichtige.

→ Abschiebehaft statt Willkommenskultur.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/4-341-vermeidbare-straftaten-durch-ausreisepflichtige/>



Nochmalige Verschärfung des Heizungsverbots?

Über eine Änderung des Energie[wirtschaft](#)sgesetzes will die Bundesregierung bis 2030 mindestens sechs Millionen Wärmepumpen sowie Ladestationen für 15 Millionen E-Autos festschreiben. Darüber berichtet aktuell die „Welt“.



Zudem droht eine Verschärfung des umstrittenen Gebäude-[Energie](#)-Gesetzes. Laut BILD sollen die Bundesländer die Möglichkeit erhalten, noch strengere Heizungsverbote umzusetzen. Die Grünen wollen darüber hinaus „die Ausnahme für Über-80-Jährige kippen“, so die [Zeitung](#).

Gegen diesen Irrsinn werden wir energischen Widerstand leisten:

„Heizungsdiktatur“ (Thomas Mayer) stoppen!

Nein zur grünen Plan[wirtschaft](#)!



Ja zur Technologieoffenheit und [Marktwirtschaft!](#)

Ja zur Generationengerechtigkeit! Das heißt: Ältere Hausbesitzer zu enteignen, ist ein Anschlag auf den sozialen Frieden.

In Sachsen dürfen die geplanten Verbotsgesetze niemals Realität werden! Doch dafür müssen erst einmal die Grünen in Sachsen aus der Regierung entfernt werden ...

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nochmalige-verschaerfung-des-heizungsverbots/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.5.2023

AfD-Anfrage: MDR-Moderatorin Wiebke Binder erhielt von der Regierung 3.000 Euro in nur einem Monat

Eines der bekanntesten Gesichter des MDR, Wiebke Binder, kassierte im März 3.000 Euro netto für Moderationsaufträge von der Staatsregierung. Laut AfD-Anfrage (7/13046) sahen Regierung und MDR dabei keinen Interessenskonflikt.



Der AfD-Abgeordnete, [Thomas Thumm](#), erklärt dazu:

„Wenn die bekannteste Nachrichtenmoderatorin des MDR von der Staatsregierung bezahlt wird, dann sehe ich auf jeden Fall eine große Abhängigkeit. Bekanntlich beißt der Hund nicht die Hand, die ihn füttert. Dabei wäre es die Aufgabe von Journalisten, die Politik der Regierung kritisch zu hinterfragen. Die Neigung des MDR zum Regierungsjournalismus hängt sicherlich auch mit diesen Doppelbeschäftigungen zusammen.“

Deshalb hat die AfD bereits beantragt, dass die Regierung in Zukunft keine Journalisten des MDR für die eigene Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen darf (Drs. 7/12370). Ich habe den Eindruck, dass die Regierung sich

Hofberichterstattung erkaufen will. Es muss jedoch eine klare personelle Trennung zwischen dem PR-Apparat der Regierung und dem zur Ausgewogenheit verpflichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-mdr-moderatorin-wiebke-binder-erhielt-von-der-regierung-3-000-euro-in-nur-einem-monat/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Migrationskrise: Nur die AfD hört die Hilferufe aus den Kommunen

Der Flüchtlingsdruck auf die Kommunen ist ungebrochen – und während Bürgermeister und



Landräte immer lauter protestieren, bleibt die Ampelregierung still und untätig. Und die Union? Die macht Alibi-Politik, um es sich nicht mit den Grünen zu verscherzen. Dabei sind selbst Kommunalpolitiker der Grünen mittlerweile so weit, Grenzzäune in Kauf zu nehmen, die Leute an den Grenzen zurückzuweisen und Handydaten von möglichen Herkunftstäuschern auszulesen. Vor Ort herrscht eben mehr Pragmatismus und weniger Ideologie.

„Die Politiker vor Ort bestätigen uns“, sagt Dr. Bernd Baumann, Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Bundestag. „Wir sind die einzigen Verbündeten der wackeren Kommunalpolitiker!“ Die Union fällt indes ihren Leuten vor Ort in den Rücken, wenn sie die Zusammenarbeit mit der AfD suchen. „Das beweist, dass die CDU die Hilferufe der Kommunalpolitiker nicht hört.“ Die Brandmauern aber werden fallen, verspricht Dr. Baumann, zuerst auf Gemeinde- und Landkreisebene, dann in den Ländern und schließlich im Bund.

<https://afdkompakt.de/2023/05/04/migrationskrise-nur-die-afd-hoert-die-hilferufe-aus-den-kommunen/>



Schon über 400 „Einzelfälle“: Unser Land muss wieder sicher werden!

Es passiert jeden Tag, es passiert am helllichten Tage und häufig völlig unvermittelt:

Massenschlägereien, Messerstechereien, sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen, die als sogenannte „Einzelfälle“ verharmlost werden, bestimmen inzwischen den Alltag in Deutschland. Insbesondere eine seit Jahren stattfindende Politik der Massenzuwanderung hat das Problem verschärft. Die AfD listet diese angeblichen „Einzelfälle“ auf einer Internetseite auf und dokumentiert das Ausmaß der Alltagskriminalität

(<https://www.afd.de/einzelfallticker>).



Seit der Erstellung der Internetseite sind bereits mehr als 400 sogenannte „Einzelfälle“ erfasst worden. Dabei kann die Dokumentation freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben – die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein. Doch schon allein die auf der Internetseite aufgeführten Fälle und nicht zuletzt die Polizeiliche Kriminalstatistik mahnen zum Handeln: Schützt die Grenzen und schiebt endlich die illegalen und kriminellen Einwanderer konsequent ab! Denn der Schutz der eigenen Bürger muss für jeden deutschen Politiker absoluten Vorrang haben – alles andere wäre auch eine Verletzung des Amtseids.

(<https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos/a.542889462408064/6472657976097820/>)

Breiter Energiemix statt Strompreisdeckel!

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will einen Strompreisdeckel für die Industrie einführen.



Der Wirtschaftsminister spielt so die Industrie gegen die Privatverbraucher aus. So will er von den katastrophalen Folgen grüner Politik ablenken. Ein Preisdeckel würde nichts daran ändern, dass Strom und Energie in Deutschland zu knapp und zu teuer sind. Schuld daran sind die Energiewende und der Wirtschaftskrieg gegen Russland.

Bundesfinanzminister Christian Lindner lehnt den Strompreisdeckel ab, weil er nur auf Kosten von Steuerzahlern umsetzbar sei. Er fordert stattdessen bessere „steuerliche Rahmenbedingungen“ und „beschleunigte Genehmigungsverfahren“. Diese politische Kosmetik kann die Unternehmen und Haushalte aber auch nicht retten. Statt

einer wohlstandsvernichtenden Energiewende brauchen wir einen breiten Energiemix unter Einschluss von Kernkraft, Kohle sowie Gas und Öl aus dem Osten!

(<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/3022527814722138/>)



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Nationale Kraftanstrengung für Abschiebungen nötig!

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 91.986 Personen festgestellt, die unerlaubt nach Deutschland eingereist waren. Davon hatten 23,4 Prozent die syrische, 16,3 Prozent die afghanische, 9,9 Prozent die türkische und 4,3 Prozent die irakische Staatsangehörigkeit. Demgegenüber war die Zahl der Abschiebungen im Jahr 2022 verschwindend gering. Ähnlich wie im Vorjahr wurden lediglich 12.945 Personen abgeschoben.

Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Bundestagsfraktion Stephan Brandner. Brandner teilt dazu mit:



„Die Anzahl der ausreisepflichtigen Personen in Deutschland ist zum Ende 2022 auf ein Rekordhoch von 304.308 angestiegen. Damit ist die Anzahl der Ausreisepflichtigen hierzulande in den letzten zehn Jahren ununterbrochen angewachsen. Gleichzeitig ist die Anzahl der Abschiebehaftplätze im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr von 670 auf 625 Haftplätze abgesunken. Die Zahlen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis. Wir brauchen nicht nur umfangreiche Grenzkontrollen sondern auch eine Abschiebeoffensive, wie sie dieses Land noch nicht gesehen hat. Eine nationale Kraftanstrengung ist nötig, um die über 300.000 Ausreisepflichtigen in ihre Heimat zu verbringen – ein erster wichtiger Schritt, der nicht nur Steuergeld in immenser Höhe spart, sondern auch zeigt, dass Deutschland für Unberechtigte nicht zu Heimat wird.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1350713292178845/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Schule in Berlin-Neukölln steht nach Messerangriff auf Mädchen unter Schock

https://www.focus.de/panorama/welt/hintergruende-unklar-mann-sticht-zwei-kinder-in-schule-in-berlin-neukoelln-nieder_id_192799932.html

Wenn der Messer-Wahnsinn die Schule erreicht

<https://jungefreiheit.de/allgemein/2023/messerwahnsinn-an-schule/>

Deutschland geht den Bach runter, weil die Mehrheit der Deutschen es so will

<https://www.alexander-wallasch.de/gesellschaft/deutschland-geht-den-bach-runter-weil-die-mehrheit-der-deutschen-es-so-will>

Manipuliertes skandal-Video zu Polizeigewalt: MDR gesteht „bedauerliches Missgeschick“

<https://pleiteticker.de/skandal-video-zu-polizeigewalt-mdr-manipuliert-klimakleber-schreie/>

Inhaber von Milliarden-Fonds unterstützt Straftäter von „Letzte Generation“

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/inhaber-milliarden-fonds-strafen-letzte-generation/>

Julia Neigel: Öffentlicher Gerichtstermin am 27. Juli in Bautzen

<https://www.alexander-wallasch.de/gastbeitraege/julia-neigel-oeffentlicher-gerichtstermin-am-27-juli-in-bautzen>

Auch das noch ...

PERÜCKEN AB, HELM AUF: IM KRIEG SIND TRANSFRAUEN PLÖTZLICH WIEDER MÄNNER

<https://ansage.org/peruecken-ab-helm-auf-im-krieg-sind-transfrauen-ploetzlich-wieder-maenner/>

Neueröffnung mit Discokugel: Münchner Wirtshaus setzt mittags auch Vegetarisches auf die Karte – und Veganes

<https://www.merkur.de/lokales/muenchen/altstadt-lehel-ort43327/muenchen-der-spoeckmeier-eroeffnet-bayerisches-wirtshaus-setzt-vegetarische-vegane-mittagskarte-konzept-92238790.html>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen

<https://www.radio.de/>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<https://afd-bautzen.de/stadt-gemeinderaeete/>

PRESSE-ARCHIV

<https://afd-bautzen.de/blaue-post/>

<https://afd-bautzen.de/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen